

Fritz Hofmann
Eisenacher Aufbruch, Januar 2009

Eine Flut von Einkaufszentren in den Innenstädten – So funktioniert der staatsmonopolistische Kapitalismus

In den letzten Jahren werden immer mehr große Einkaufszentren in Innenstädten gebaut. Nicht nur Großstädte wie Essen, Dortmund oder Duisburg, sondern auch mittlere und kleinere Städte wie Leverkusen, Mönchengladbach, Braunschweig, Saarbrücken, Heilbronn, Soest, Hameln oder Eisenach werden systematisch „sturmreif geschossen“ und mit meist überdimensionierten „Konsum-Palästen“ beglückt. Solche „Shopping Center, Arkaden, oder Mall“ genannten geschlossenen Anlagen mit integrierten Parkhäusern versprechen dem Betreiber Monopolprofite, wenn die Konkurrenz vor Ort erst einmal ausgeschaltet ist.

Dabei wird weder auf Denkmalschutz, Umwelt, noch auf den ansässigen Einzelhandel Rücksicht genommen. Vor allem wird mit solchen Einkaufszentren der öffentliche Raum privatisiert. In Einkaufszentren werden nicht nur Bettler vertrieben, hier gibt es auch keine Plakate, Unterschriftensammlungen, Info-Stände oder Montagsdemos, wenn es die Besitzer nicht wollen.

In der Folge besteht die große Gefahr, dass die gewachsenen Innenstädte veröden, dass immer mehr Läden leer stehen oder durch Billigmärkte ersetzt werden. Durch die Weltwirtschaftskrise verschärfen sich die Probleme noch dramatisch. In vielen Städten bilden sich Bürgerinitiativen, die auch teilweise schon solche Planungen verhindern konnten, wie z.B. in Cottbus. Aber man muss wissen, mit wem man es zu tun hat, wenn man dagegen ankommen will.

Das bekannteste Beispiel: Die Firma ECE (Einkaufszentrum-Entwicklungsgesellschaft) ist ein internationales Monopol und europaweit Marktführer. Es ist eine Tochter des Otto-Konzerns. Sie hat eigens eine Stiftung mit dem geradezu zynischen Namen „Lebendige Stadt“ gegründet, die zielstrebig gegenüber Kommunalpolitikern Hochglanz-Propaganda mit Kongressen und Zeitschriften betreibt. In den Gremien dieser Stiftung sitzen prominente Landes- und Kommunalpolitiker, die dafür sicher nicht bezahlen müssen. Unter anderem sind dort vertreten die Ministerpräsidenten oder Landesminister von Schleswig-Holstein, Brandenburg, Saarland, Sachsen, Bayern, Berlin und Baden-Württemberg sowie die Oberbürgermeister von Essen, Köln, Stuttgart, Dresden und Leipzig.

Oft passiert es dann im Vorfeld von Entscheidungen, dass die Städteplanung privatisiert wird und den Fachämtern und gewählten Stadträten entzogen wird. „Unabhängige“ Gutachter kassieren gutes Geld um solche Pläne abzusegnen. Kommunalpolitiker werden manchmal zu Besichtigungsreisen eingeladen.

Oft wird zum Schein eine „Bürgerbeteiligung“ bei der Gestaltung der Pläne organisiert, um den Widerstand zu brechen. Kommunalpolitiker alleine sind oft machtlos. Wachsamkeit der Bürger und breiter Massenwiderstand gegen diese Machenschaften sind nötig!

Der Architekt Ulrich Herborn sagte in seinem engagierten Vortrag zu diesem Thema bei der „5. Offenen Akademie“ in Gelsenkirchen im Herbst 2008: „...diese Diskussionen müssen in Zukunft wieder verstärkt auf der Straße stattfinden und den Bürger einbeziehen, der sich für seine Stadt engagiert.“ Sicher ein wichtiges und Streitbares Thema bei vielen Kommunalwahlkämpfen dieses Jahres!